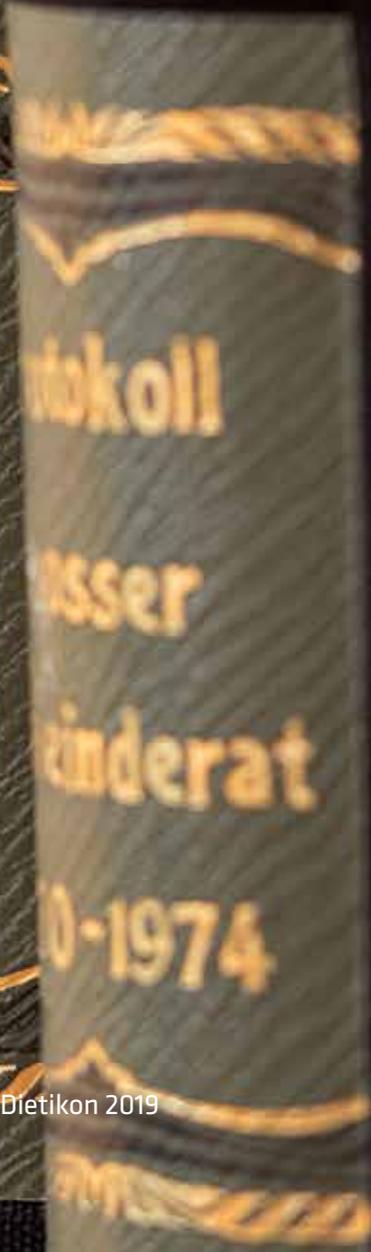
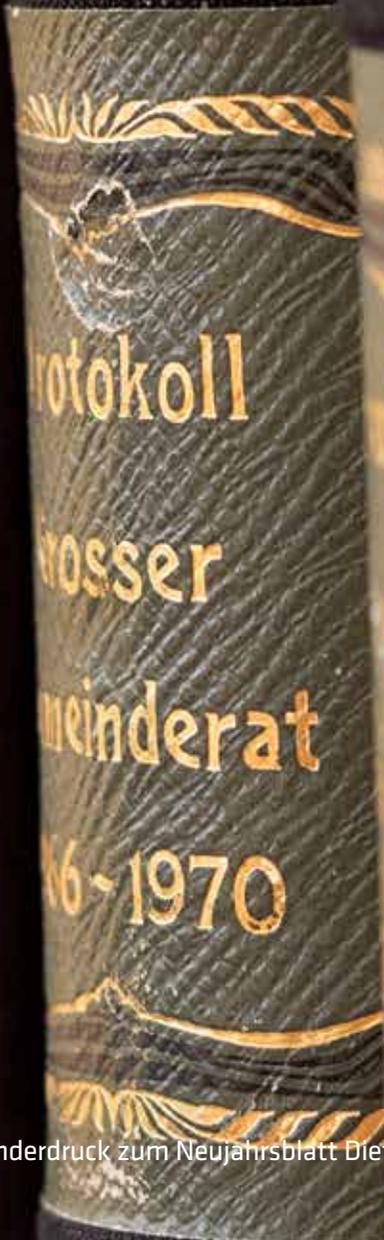


60 Jahre Gemeinderat Dietikon

1958 – 2018



Sonderdruck zum Neujahrsblatt Dietikon 2019

60 Jahre Gemeinderat Dietikon

Vorwort	003
Gut beraten am Donnerstagabend	004
Alles neu macht der M...ärz	007
(Gemeinde-)Ordnung muss sein	010
Porträt: «Ein Lehrer kann das ...»	014
Dietikon bekommt ein Parlament	015
Start mit Hindernissen	016
Die BDB taucht ab	018
Keine Gemeinde mehr	020
Porträt: «Ein wenig überrascht ...»	021
Neu mit Frauenpower	022
Das Zentrum bleibt im Zentrum	024
Unter Protest	026
Porträt: «Versierte Politfrau»	028
Verursacherprinzip	029
«Salz, Pfeffer und bunte Farben ...»	031
Endlich im neuen Parlamentssaal	032
Die ganze Schweiz fährt in die Silbern	033
Die Schule brennt	034
Neu mit Stadtbahn	035
Gateway - go away	036
Parkieren nur mit Natel erlaubt ...	037
Und weg war er ...	038

Erich Burri



Im Amt verstorben am 15. Mai 2018

Gemeinderat und OK-Präsident Jubiläumfest 60-Jahre Gemeinderat Dietikon

Erich Burri war seit 2005 Mitglied des Gemeinderates. Er ist für Urs Koch ins Parlament nachgerückt. Zudem war er ab 2009 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Erich Burri war ein stiller Schaffer im Hintergrund. Das grosse Rampenlicht hat er nie gesucht. Er war ein Macher mit grossem Organisationstalent, ohne viel Aufhebens darüber zu machen, sei dies als OK-Chef des Langstrassenfestes in Zürich oder als OK-Präsident der 50-Jahr-Feier des Gemeinderates sowie des 60-Jahr-Jubiläums.



Zufälligerweise bin ich die 61. Präsidentin des Gemeinderates Dietikon. Verstehen Sie mich nicht falsch, natürlich waren meine 60 Vorgängerinnen und Vorgänger im Amt nicht alles Frauen, sondern nur deren sieben. Ich bin also Nummer acht. Die erste Frau im Präsidialamt war auch die erste Frau im Gemeinderat. Sie wurde im März 1970 in den

Gemeinderat gewählt und präsierte diesen im Amtsjahr 1981/82. Ein Porträt über Theres Frech finden Sie in diesem Heft.

Vielleicht erscheint Ihnen das als lange Zeitspanne, mir jedoch zeigt es – ich war 1970 gerade mal 9 Jahre alt – wie kurz die Frauen erst dieselben politischen Rechte haben wie die Männer. Das Desinteresse vieler junger Frauen an ihren politischen Rechten erschreckt mich daher immer wieder aufs Neue. Gleichzeitig kann frau das auch von den jungen Männern sagen.

Auf meinem Streifzug durch 60 Jahre Gemeinderatsprotokolle entdeckte ich Trouvaillen, so zum Beispiel, dass zum Fluglärm bereits 1963 eine Interpellation eingereicht wurde, die Gestaltung des Zentrums von Dietikon ein Dauerbrenner ist und Sportanlagen sowie Schulhäuser immer wieder heiss diskutiert und manchmal vom Volk abgelehnt wurden. Auch der Anstand im Rat ist keine Erscheinung unserer neuen Zeit, sondern liess bereits von Beginn an öfters zu wünschen übrig. Die Auswahl der Themen und die Erwähnung einzelner Personen sind nicht wertend für deren Wichtigkeit oder Engagement. Unzählige Themen werden nicht genannt und jedes Mitglied des Gemeinderates, ehemalig oder aktiv, hätte eine Nennung verdient.

Es ist ein Privileg, die Protokollbücher zu sichten, welche bis zum Beginn der 1990er-Jahre grösser als im A3-Format gebunden sind. Kaum je wurde wörtlich protokolliert, der Stil jedes Sekretärs des Gemeinderates zeigt sich in den Protokollen und die menschlichen Geschichten stehen zwischen den Zeilen.

Ich hoffe, dass die Festschrift zum 60-jährigen Bestehen des Gemeinderates Dietikon Ihnen einen Einblick in den Ratsbetrieb vermittelt, der Sie vielleicht auch einmal auf die Tribüne des Gemeinderatssaales im Stadthaus Dietikon bringt.

Esther Sonderegger-Stadler, Präsidentin des Gemeinderates Dietikon

Gut beraten am Donnerstagabend

Donnerstagabend und das Fernsehprogramm bietet nichts Spannendes?

Kein gutes Buch zur Hand und den Kinofilm im Capitol schon gesehen?

Nicht verzagen, denn donnerstags ist der Gemeinderat am Tagen ...

Und das kann durchaus unterhaltsam, spannend und informativ sein!



Brigitte Hospenthal ist Diplombibliothekarin und Journalistin. Sie lebt mit ihrer Familie in Dietikon und schätzt sich glücklich, ihren Wohnort ganz neu kennen gelernt zu haben.

Es herrscht ein fröhliches Gewusel im Gemeinderatssaal. Obwohl es noch rund 20 Minuten dauert, bis die Sitzung beginnt, sind schon Dutzende GemeinderätInnen anwesend. Noch niemand sitzt. Alle sind in Bewegung, winken, begrüßen sich, schütteln Hände und plaudern, über die Parteigrenzen hinweg. Man hört Gelächter und sieht lachende Gesichter. Manch einer bekommt ein Schulterklopfen ab, manch einer ein Wangenküsschen. Es herrscht eine fröhlich aufgeräumte Stimmung und gemahnt die Schreibende ein bisschen an ein Klassentreffen.

Klare Sitzordnung

Die im Saal platzierten Stühle und Bänke erinnern vage an ein Schulzimmer mit der entsprechenden Sitzordnung. Die GemeinderätInnen sitzen «halbkreisförmig» in drei Sektoren (Rechts-Parteien; Mitte-Parteien; Links-Parteien), den Blick zum Podest gerichtet. Auf diesem nimmt, den GemeinderätInnen zugewandt, in der Mitte der Gemeinderatspräsident Platz, flankiert vom ersten und zweiten Vizepräsidenten. Direkt davor sitzt der Sekretär und da ist auch der Platz für seine Stellvertreterin. Den anwesenden Mitgliedern des Stadtrats stehen links und rechts auf dem Podest Plätze zur Verfügung, in der Mitte zwischen dem Podest und den Plätzen der GemeinderätInnen befindet sich das RednerInnen-Pult, welches mit einer Dietiker Fahne geschmückt ist. Ebenso zieren drei Fahnen die Wand hinter dem Gemeinderatspräsidenten. Es sind dies die Fahnen des Kantons Zürich, der Schweiz und der Stadt Dietikon.

Beim Saaleingang nehmen ein Polizist und eine Polizistin Platz. «Die Presse»

Sich begrüßen und plaudern vor Beginn der Gemeinderatssitzung



(Limmattaler Zeitung) sitzt auf der gegenüberliegenden Seite. Nach und nach trudeln auf der Tribüne ein paar ZuschauerInnen ein. Insgesamt wird es ein knappes Dutzend sein, das der Sitzung beiwohnt.

Imposante Glocke eröffnet Sitzung

Kurz vor acht sind alle auf ihren Plätzen. Aufmerksam schauen sie nach vorn zum Ratspräsidenten. Die Ratsrechte sitzt mehrheitlich Kaugummi kauend am Platz. (Kurz nistet sich bei der Schreibenden die Frage ein, ob, wie früher in der Schule, sich die «Kaugis» dann unter der Pultplatte wiederfinden werden?) Die Sitzungsglocke ertönt. Ein wahrlich beeindruckendes Teil! Etwa 25 cm hoch, golden und mit den eingravierten Namen der bisherigen GemeinderatspräsidentInnen. Präsident Martin Romer – es ist seine letzte Sitzung in dieser Funktion – begrüsst sämtliche Anwesenden. Der anschliessend durchgeführte Appell ergibt, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist mit 33 Anwesenden bei zwei Entschuldigungen. Der Geschäfte sind heute Abend viele. Es geht um die Limeco und den Land-Kauf des Coop-Areals, um Kreditanträge mit einem Kostendach für öffentliche Bauprojekte, um Littering und den Güsel-Ranger und um vorzeitige Pensionierungen für städtische MitarbeiterInnen, die körperlich beanspruchende Arbeiten ausführen.

Zwei weitere Geschäfte («Massnahmen zu Gunsten des Gewerbes während dem Bau der Limmattalbahn» und «Effiziente Busanbindung für das Quartier Silbern») werden an diesem Abend nicht behandelt und auf die neue Legislatur verschoben, da 22 Uhr als Sitzungsschluss pünktlich eingehalten wird.

Die liebe Technik

Gleich zu Beginn setzt sich das Mikrofon am RednerInnen-Pult in Szene ... es streikt, und Ernst Joss (AL), der zum Limeco-Landkauf spricht, wird akustisch nicht «erhört». Dies veranlasst Romer, ihn zu unterbrechen, da seine Worte sonst nicht ins Protokoll fänden. Es dauert einen Moment, bis das Problem behoben ist und Joss, gut hörbar, weiterfahren kann.

Da GemeinderätInnen keine Norm- bzw. Einheitsgrösse vorweisen müssen, hängt für die einen das Mikrofon am RednerInnen-Pult zu hoch, für die anderen zu tief. So hantiert jedeR neue RednerIn nach den ersten zwei, drei Worten, die nicht aufs Mikrofon treffen, an der Halterung desselben herum oder beugt sich dem Mikrofon entgegen. Letztlich passt die Höhe dann aber bei allen, so dass man sie gut hören kann. Im Gegensatz zum eher veraltet wirkenden Mikro fällt auf, dass an praktisch allen Plätzen ein Handy, Laptop oder Tablet in Gebrauch ist. Die Papierberge im Saal sind eher klein.

Die imposante Glocke ertönt und die Sitzung beginnt.



RedekünstlerInnen mit Umgangsformen...

Rhetorisch erleben die Anwesenden verschiedene Stile. Nicht alle vermögen gleichermaßen zu fesseln. Einige RednerInnen nehmen Notizen zu Hilfe, andere sprechen frei. Allen ist aber gemein, dass ihr Engagement und ihre Überzeugung spürbar sind. Während die einen mit englischen Begriffen («fast mover», «smart follower») ihr «Statement» aufmotzen, vermögen die anderen mit Witz und Wortklaubereien zu packen. Die ZuschauerInnen auf der Tribüne hören sowohl schweizerdeutsche als auch hochdeutsche Voten. Nette Umgangsformen scheinen Usus zu sein. Praktisch alle RednerInnen adressieren sich mit Anreden wie «Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident», «Werte Anwesende», «Geschätzte KollegInnen» usw. Und am Schluss eines Votums wird jeweils dafür gedankt, dass zugehört oder zur Kenntnis genommen worden ist.

... Seitenhiebe nicht ausgeschlossen

Dennoch sind einige Seitenhiebe zu vernehmen und keine Partei ist davon ausgenommen. Auch der Stadtrat bekommt sein Fett weg. Da wird ihm unter die Nase gehalten, dass es wieder ein «*Sternli-geschäft geben werde». Es wird das «Miet-schulhaus ohne Plan B» hervorgeholt und auch bezüglich Zehntenscheune gibts einen «Gingg as Bei».

Die Sitzung kommt gesittet und orchestriert daher. Die Geschäfte sind bereits in den Parteien und Fraktionen vorbesprochen worden und es ist auch abgemacht, wer was an der Gemeinderats-sitzung sagt.

Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, schreitet man jeweils zur Abstimmung. Drei StimmenzählerInnen zählen im Sektor, der ihnen zugewiesen worden ist, und nennen Romer die Anzahl Ja- bzw. Nein-Stimmen.

Zu guter Letzt verlangt Esther Sonderegger, 1. Vizepräsidentin, das Wort, um Romer in einer kurzen Rede für seine Arbeit zu danken und ihn mit einem grossen Blumenstraus zu verabschieden. Romer wiederum setzt zu seinem Schlusswort an, bedankt sich bei allen GemeinderatskollegInnen, der Polizei und der Presse. Das Bimmeln der Glocke um Punkt 22 Uhr beendet die Sitzung offiziell. Die Legislatur 2014/2018 ist Geschichte. Die im März 2018 stattfindende Gesamterneuerungswahl wird die Zusammensetzung des Gemeinderates neu definieren.

Und übrigens, die «Kaugis» wurden korrekt entsorgt, entweder ins Taschentuch und ab in die Handtasche oder direkt in den Kübel...

Alles neu macht der M...ärz

Die Gesamterneuerungswahlen haben stattgefunden und die Zusammensetzung des Gemeinderates für die Legislatur 2018/2022 ist bekannt. Die erste Sitzung des neu gewählten Gremiums dient der Konstituierung.

Will man als EinwohnerIn von Dietikon der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates beiwohnen, muss man sich mit dem Nachtesen sputen. Ausnahmsweise wird bereits auf 18 Uhr in den Gemeinderatssaal geladen. Die Behörde konstituiert sich und es stehen verschiedene Wahlen an: Präsidium und zwei Vizepräsidien, Sekretariat und Stellvertretung, StimmenzählerInnen, Rechnungsprüfungskommission (11 Mitglieder), Geschäftsprüfungskommission (11 Mitglieder), Wahlbüro (60 Mitglieder) und Sozialbehörde (6 Mitglieder).

«Full House» auf der Zuschauertribüne
Obwohl sich die eingangs erwähnten Geschäfte eher trocken anhören, ist der Andrang zur Zuschauertribüne gross. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung tummeln sich etliche Interessierte vor der Tür zur Tribüne. Die ist allerdings noch geschlossen und leichte Unruhe wird

unter den Anwesenden spürbar. Zutritt erhalten sie erst kurz vor sechs. Rasch sind alle Plätze besetzt.

Auch der Gemeinderatssaal ist voll. Alle sind elegant gewandet. Die meisten in Anzug und Krawatte, in Kleid oder mit Bluse. Schwarz herrscht vor, vereinzelt trägt man blau. Auch wenn die Ratszusammensetzung eine neue ist, scheint man sich zu kennen. Die Stimmung ist locker, Hände werden geschüttelt und ein CVPler richtet einem SVPler gar den Hemdkragen, der sich offenbar nicht optimal über der Krawatte ausgerichtet hat.

Leeres Präsidium

Als die Ratsglocke ertönt, sitzt nur gerade eine Person am Präsidiumspult: Stephan Wittwer, der sogenannte Alterspräsident. Er wendet sich an die geschätzten KollegInnen, an die lieben Gäste, den Weibel und die Presse. Wittwer betont, dass er keineswegs der Älteste unter den Räten sei, sondern mit 20 Dienstjahren der ohne Unterbrechung Amtsalteste. Darum habe er die Ehre, vorne zu sitzen, bis das neue Präsidium gewählt sei. Ein provisorischer Protokollführer wird bestimmt, ebenso drei provisorische StimmenzählerInnen. Der Appel ergibt 33 anwesende GemeinderätInnen. Da niemand einen Einwand gegen die Traktandenliste vorbringt, gilt sie als genehmigt. Anschliessend ergreift Wittwer kurz das Wort und setzt zu einem Tadel an. Er könne nicht nachvollziehen, dass von der Bevölkerung gewählte Kandi-

daten ihre Wahl nicht annehmen. Dies sei ein Affront gegenüber den WählerInnen. Ebenso dezidiert wünscht er sich, dass die Zusammenarbeit mit dem neuen Stadtrat eine sei, die ihren Namen auch verdiene. Dann wird zu den Wahlen geschritten.

Als erstes steht das Präsidium an. Manuel Peer schlägt im Namen der Interfraktionellen Konferenz (IFK) Esther Sonderegger-Stadler vor. Anschliessend teilt der Weibel die Wahlzettel aus. Die drei provisorischen StimmzählerInnen zirkulieren zwischen den Reihen. Sie sammeln die Zettel in grünen Körbchen, die ein wenig an Osterkörbchen erinnern, ein. Zusammen mit dem provisorischen Protokollführer setzen sie sich an einen separaten Tisch und zählen die Stimmen aus. Von 30 gültigen Stimmen vereinigt Sonderegger glanzvoll alle auf sich. Mit grossem Applaus und einem üppigen Blumenstraus wird sie zur Gemeinderatspräsidentin 2018/2019 gewählt und darf den ihr zugedachten Platz auf dem Podium einnehmen.

Klar definiertes Wahlprozedere

So werden auch der erste (Markus Erni) und zweite (Gabriele Olivieri) Vizepräsident und der Sekretär (Uwe Krzesinski) samt Stellvertretung gewählt. Als offene Wahl findet diejenige für die drei StimmzählerInnen statt. Da niemand das Wort ergreift, gelten die Vorgeschlagenen in corpore als gewählt.

Die restlichen gemäss Traktandenliste zu besetzenden Gremien werden alle nach demselben Prozedere bestimmt: Die IFK schlägt die KandidatInnen vor, niemand verlangt das Wort. Somit sind die Genann-

Obligates Foto auf der Stadthaupttreppe: Markus Erni (1. Vize), Esther Sonderegger-Stadler (Präsidentin), Gabriele Olivieri (2. Vize).

Rechts: Der neu konstituierte Gemeinderat marschiert mit Polizeieskorte Richtung Restaurant Honeret.



ten gewählt und werden mit Applaus bedacht. Sowohl die Rechnungsprüfungskommission als auch die Geschäftsprüfungskommission konstituieren sich selber. Beim 60 Mitglieder umfassenden Wahlbüro fällt auf, dass viele der sich zur Verfügung Stellenden wohl Familienangehörige amtierender Stadt- und GemeinderätInnen sind.

Würdigung geleisteter Arbeit

Sonderegger würdigt im Anschluss die nicht mehr gewählten Ratsmitglieder: Einerseits die neu in den Stadtrat gewählten: Anton Kiwic, Philipp Müller, Lucas Neff, Reto Siegrist. Sie erhalten einen Zinnbecher, eine Flasche Wein und dürfen nochmals das Wort ergreifen. Kiwic (SP) ermuntert den Gemeinderat, weiterhin kritisch gegenüber dem Stadtrat zu sein. Müller (FDP) vergleicht den Ratsbetrieb mit einem Zirkus ohne Kuppel, der ihm viel Freude an der politischen Arbeit bot. Neff (GP) verzichtet auf den Zinnbecher,

wünscht sich aber einen Bio-Wein. Siegrist (CVP) hält sich kurz und bündig, indem er sich für das in ihn gesetzte Vertrauen bedankt. Andererseits würdigt Sonderegger auch die Abgewählten.

Mani Matter in Dietikon

Zum Abschluss der Sitzung erzählt Sonderegger von einem ihrer aktuellen Projekte. Sie durchforstet die Gemeinderatsprotokolle im Hinblick auf die Festschrift, die zum 60-Jahr-Jubiläum des Dietiker Gemeinderates entsteht – Sie halten sie in den Händen. Dabei hat sie festgestellt, dass bereits in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts Themen behandelt wurden, die noch immer, oder wieder, anstehen: Verkehr, (Flug-)Lärm, Zentrumsgestaltung etc. Darum gibt sie zu bedenken, dass nicht immer die kostengünstigste Lösung die beste und nachhaltigste ist. Und sie hält es mit Mani Matter: «Dene was guet geit, giengs besser, giengs dene besser, was weniger guet geit, was aber nid geit, ohni

dass's dene weniger guet geit, was guet geit ...»

Strahlend stehen die Präsidentin und ihre beiden Vize-Präsidenten den FotografInnen zur Verfügung. Zuerst im Gemeinderatssaal, anschliessend auf der Treppe. Derweil spielt die Stadtmusik im Foyer, wo auch ein Apéro spendiert wird, zu Ehren des Gemeinderates. Dann heisst es, den Fahrplan der BDWM-Bahn im Auge zu behalten. Denn es braucht eine Lücke. Der neue Gemeinderat wird zu Fuss über die Bremgartnerstrasse hinauf ins Restaurant Honeret gehen, die Stadtmusik vorneweg. Das ist nur möglich, wenn gerade keine Komposition der «BDB» fährt, denn die Bremgartnerstrasse wird durch die Polizei gesperrt. Was bei einigen AutofahrerInnen für irritierte Reaktionen sorgt. Auf dem Weg den Berg hoch beginnt es, trotz kalendarischem Frühlingsanfang, zu schneien. Bleibt zu hoffen, dass die Stimmung im neu gewählten Gemeinderat alles andere als frostig wird ...

(Gemeinde-)Ordnung muss sein

«Die Befugnisse des Gemeinderates sind in der Gemeindeordnung der Stadt Dietikon, die Organisation ist in der Geschäftsordnung des Gemeinderates geregelt.» So die trockene Botschaft auf der Homepage der Stadt Dietikon. Je ein gutes Dutzend Seiten umfassen die beiden Dokumente, die im offiziellen Look der Stadt daherkommen.

Wahrlich trockene Kost! Nicht gerade einladend, was man in die Hände bekommt, wenn man sich beide Dokumente ausdruckt und zu Gemüte führen will. Amtliche Publikationen eben. Zum Lesen verführende Covers gibts hier nicht. Dennoch ist es informativ, einen Blick auf die Artikel und Paragraphen zu werfen.

Gemeindeordnung in 52 Artikeln

Die aktuelle Gemeindeordnung datiert vom 23. November 1997, Stand 25. November 2012. In 52 Artikeln listet sie die Aufgaben und Befugnisse des Gemeinderates, des Stadtrates, der Kommissionen,

der Schulpflege und verschiedener Einzelämter auf.

Artikel 9 bis 28 beschäftigen sich mit dem Gemeinderat. Er umfasst 36 Mitglieder. Sie können sich zu Fraktionen zusammenschliessen. Das Büro besteht aus dem/der PräsidentIn, den beiden VizepräsidentInnen, dem/der SekretärIn und drei StimmzählerInnen. Es ist befugt, für Anlässe des Gemeinderates einmalige Ausgaben bis 10 000 Franken zu tätigen.

Der/die PräsidentIn, die beiden VizepräsidentInnen und die drei StimmzählerInnen werden für ein Jahr gewählt. Die Mitglieder des Präsidiums in geheimer Wahl, die übrigen in offener Abstimmung. Das Sekretariat (und die Stellvertretung) besorgt die Kanzleigeschäfte des Gemeinderates. Es wird für eine ganze Legislaturperiode gewählt.

Drum prüfe, ...

Sowohl die Rechnungsprüfungskommission (RPK) als auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) bestehen aus je elf Mitgliedern, die vom Gemeinderat bestellt werden. Beide Kommissionen sind für eine Legislatur gewählt. Die RPK prüft Voranschläge und Jahresrechnungen der Stadt. Auch führt sie die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen durch. Die GPK prüft den Geschäftsbericht und die Geschäftsführung der Verwaltung und des Stadtrates. Beide Kommissionen können vom Büro und vom Stadtrat vorberatend beigezogen werden.

Daneben kann der Gemeinderat Spezialkommissionen bestellen, sogenannte nichtständige Kommissionen.

Gemeinderatssitzungen werden abgehalten, «so oft es die Geschäfte erfordern». Die Einladungen mit den zu beratenden Geschäften sind durch den/die PräsidentIn spätestens 14 Tage vor der Sitzung schriftlich bekannt zu machen und auch im Amtsblatt zu publizieren. Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Das wird jeweils zu Beginn einer Gemeinderatssitzung mittels Namensaufruf festgestellt.

Befugnisse und Zuständigkeiten

Der Gemeinderat wählt die kantonalen Geschworenen, den/die FriedensrichterIn, die 60 Mitglieder des Wahlbüros und die Mitglieder der Sozialbehörde. Ebenso ist er zuständig für verschiedene Erlasse: Geschäftsordnung, Personalverordnung, Verordnungen allgemeiner Bedeutung und Festsetzung des kommunalen Richtplans. In die Finanzkompetenz des Gemeindera-

tes gehören u.a. die Festsetzung von Voranschlag und Steuerfuss. Der Gemeinderat hat die Oberaufsicht über die gesamte Stadtverwaltung inkl. Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts. Er bestimmt das amtliche Publikationsorgan und entscheidet bei Streitigkeiten zwischen den Stadtbehörden.

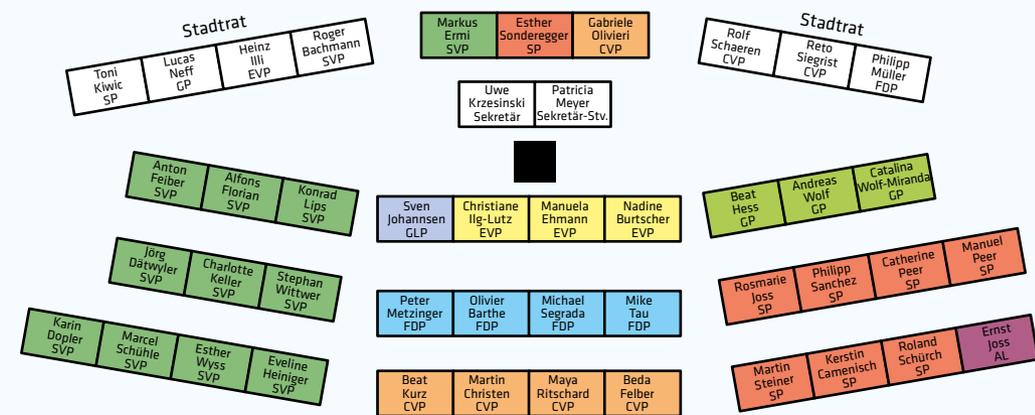
Artikel 28 (parlamentarische Vorstösse) spricht jedem Mitglied des Gemeinderates das Recht zu, «im Rat eine Kleine Anfrage, eine Interpellation, ein Postulat oder eine Motion einzureichen». Auch kann der Gemeinderat Fragestunden durchführen.

Geschäftsordnung in 77 Paragraphen

Die aktuelle Geschäftsordnung datiert vom 30. September 1999, Stand 6. April 2017. In 77 Paragraphen, unterteilt in sieben «Titel», organisiert sie den Gemeinderatsbetrieb.

Im ersten Teil definiert sie den Ablauf der konstituierenden Sitzung, hält die «Obliegenheiten» des Büros (u.a. Verhängen von Ordnungsbussen gegen säumige Mitglieder des Gemeinderates), des Präsidiums (kann

Sitzordnung des Gemeinderates Legislatur 2018 – 2022



bei Ruhestörungen die Sitzung für unbestimmte Zeit unterbrechen), des Vizepräsidiums und des Sekretariats fest. Auch Sitzungsgeld und Entschädigungen werden erwähnt. Sie sind durch die Besoldungsverordnung der Stadt Dietikon geregelt.

Sitzungen: Elektronisch vor Papier

Der zweite Teil befasst sich mit den Sitzungen. Der Versand der Einladungen erfolgt wenn möglich nur in elektronischer Form. Wer die Papierversion möchte, muss dies ausdrücklich verlangen. Die Akten liegen bei der Stadtverwaltung auf, ebenfalls elektronisch, soweit sinnvoll, und können von den GemeinderätInnen dort eingesehen werden. Sitzungsteilnahme ist Pflicht. Im Verhinderungsfall muss eine Entschuldigung mit stichhaltiger Begründung vorgebracht werden. Fehlt man während mehr als einer halben Stunde, gibt es kein Sitzungsgeld. Bei wiederholt unentschuldigtem Fernbleiben oder unzureichender Begründung wird eine Ordnungsbusse verhängt. Die Ausstandspflicht ist definiert, ebenso die Beschlussfähigkeit. Die Sitzungen sind öffentlich. Interessierte BürgerInnen nehmen auf der Tribüne Platz, dürfen aber weder Beifall spenden noch Missbilligung kundtun oder sonst irgendwie stören, ansonsten sie weggewiesen werden.

Verhandlungen, Wahlen und Abstimmungen

Im dritten Teil geht es um die Verhandlungen und deren Ablauf. Bei den Wortmeldungen gilt die Devise, sich nah am Verhandlungsgegenstand zu halten und sich kurz zu fassen. Die Redezeit ist beschränkt

und man muss sich an den parlamentarischen Anstand halten. Sonst kann einem durchaus das Wort entzogen werden.

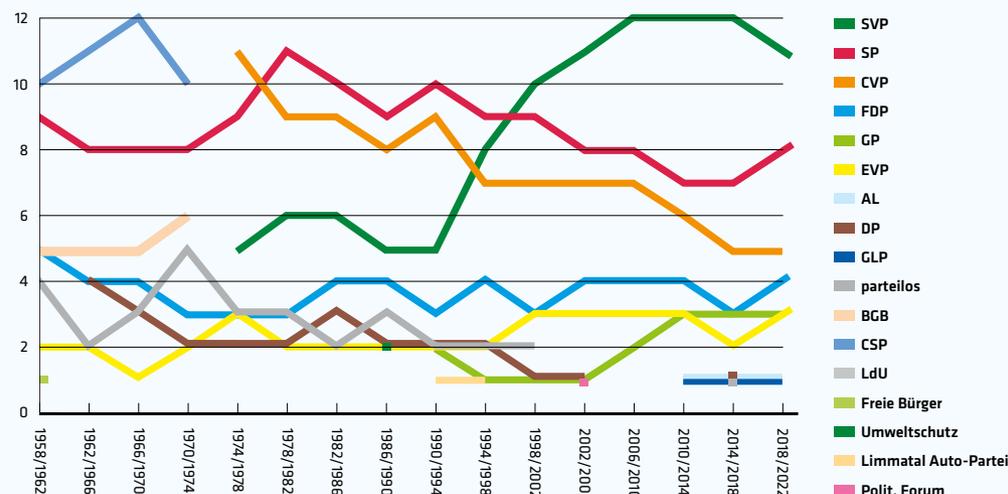
Der vierte Teil beschäftigt sich mit den Wahlen und Abstimmungen. Das Verfahren richtet sich nach dem kantonalen Gesetz über das Gemeinwesen und regelt u.a. die Reihenfolge der Abstimmung, offene und geheime Stimmabgabe, Schlussabstimmung und Feststellung des Mehrs.

Parlamentarische Vorstösse, Protokoll und Unterschriften

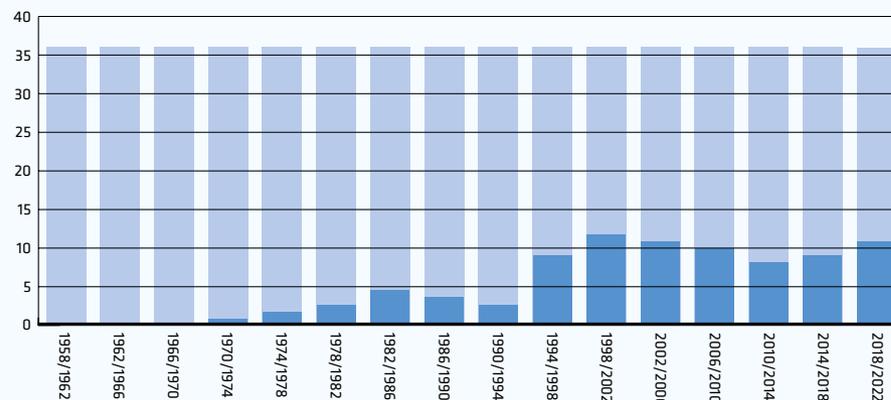
Der fünfte Teil erklärt die parlamentarischen Vorstösse: Motion, Postulat, Interpellation, Kleine Anfrage sowie auch Fragestunde und Beschlussesantrag. Einreichung, Verfahren und die Kompetenzen sind in den Paragraphen 48 bis 61 detailliert festgehalten.

Im sechsten Teil stehen Protokoll und Unterschriften an. Wenn nicht ausdrücklich anders festgelegt, wird ein Beschlussprotokoll geführt. Es enthält die Zahl der Anwesenden, die Namen der entschuldigund unentschuldig Abwesenden, des Präsidiums und des/der ProtokollführerIn. Ebenso die Angabe der vorgelegten Geschäfte (mit Verweis auf die Akten), die Abstimmungen mit Bezeichnung der Anträge und mit Angabe der Stimmenzahl, falls eine Zählung stattgefunden hat. Zu guter Letzt die aus der Beratung hervorgegangenen Beschlüsse und das Ergebnis der Wahlen. Zusätzlich werden die Gemeinderatssitzungen durch Audioaufnahmen protokolliert. Diese Audioprotokolle sind öffentlich zugänglich. Das Ratsprotokoll muss vom Präsidium und den StimmenzählerInnen unterschrieben werden und

Die einzelnen Parteien im Gemeinderat in den letzten 60 Jahren



Die Frauen im Gemeinderat in den letzten 60 Jahren



liegt mindestens drei Tage vor der nächsten Sitzung zur Einsicht auf.

Fraktionen, Kommissionen, Interfraktionelle Konferenz

Mitglieder, die der gleichen Partei angehören, bilden eine Fraktion. Sie muss mindestens zwei Mitglieder haben und kann auch Mitglieder anderer Parteien aufnehmen. Die Mitglieder der Kommissionen sollen gemäss der Parteistärke angemessen vertreten sein. Die RPK und die GPK werden dabei gesamthaft angesehen.

Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) bereitet die durch den Gemeinderat zu

treffenden Wahlen vor. Sie besteht aus je einem Ratsmitglied jeder Fraktion.

Änderungen möglich

Sowohl die Gemeindeordnung als auch die Geschäftsordnung haben sich im Laufe der Zeit gewandelt. Änderungen an der Gemeindeordnung unterliegen der Gemeindeabstimmung und müssen vom Regierungsrat genehmigt werden. Änderungen der Geschäftsordnung können mittels Beschlussesantrag jederzeit eingebracht und durch den Gemeinderat angenommen werden.

Porträt: Hans Zollinger

«Ein Lehrer kann das ...»



Hans Zollinger lebt zurückgezogen im Limmattal. Er ist überrascht, für ein Porträt im Neujahrsblatt angefragt zu werden, erklärt sich aber bereit, bei einem Treffen im Ortsmuseum «Red und Antwort zu stehen». Allerdings schickt er voraus, dass «das alles» schon so weit zurückliege und er es auch zum grossen Teil aus seinen Erinnerungen aussortiert habe. Zollinger ist sehr belesen, hat einen wachen Blick und als passionierter Alpinist in seinem Leben viele Berge erklommen. Noch immer lebt er selbstständig in seiner Wohnung und macht möglichst alles selber.

«Das alles»

Mit «das alles» meint Zollinger seine politische Zeit in Dietikon. 1929 geboren, kam er 1954 nach Dietikon. Er arbeitete als Lehrer. Zuerst als Primar-, dann (mit der entsprechenden Weiterbildung) auch als Real- und Oberschullehrer. Zollinger war Mitglied der damaligen CSP und lebte mit seiner Frau und den Töchtern in einer Mehrfamilienhaussiedlung. Ausserdem war er in der Feuerwehr aktiv.

Als 1958 für den ersten Grossen Gemeinderat Kandidaten gesucht wurden, gelangte seine Partei an ihn. Ein Lehrer könne das, war man überzeugt. Also stellte sich Zollinger zur Verfügung. Und er, obwohl erst vier Jahre in Dietikon und noch wenig bekannt im Dorf, wurde mit einem sehr guten Resultat gewählt. Was ihn noch heute erstaunt. Aber irgendwie auch ein bisschen spitzbübisch zu freuen scheint. Immerhin hatte er weit bekanntere lokale Namen hinter sich gelassen.

Kein Homo politicus

Zollinger sass während zwei Legislaturen im Grossen Gemeinderat (1958–1966). Relativ rasch habe er gemerkt, dass er nicht eigentlich ein «Homo politicus» sei. Er musste auf der Parteilinie politisieren, hatte aber teilweise ganz andere Ansichten. Diese zu wenig einbringen zu können, machte ihm zunehmend Mühe.

Sein soziales Gewissen brachte ihn dazu, eine Interpellation einzureichen. Dietikon solle auf eine vernünftige Mietpreispolitik hinwirken und mit den Liegenschaftsverwaltungen Fühlung aufnehmen. Die Reppischwerke AG hatte nämlich ohne sachliche Begründung die Mieten in ihren Überbauungen um durchschnittlich 16 Prozent erhöht. Zollinger lebte selbst in einer der Überbauungen und bekam hautnah mit, dass viele BewohnerInnen sich diese Erhöhung nicht leisten konnten. Aufgrund der Interpellation aber wurde er mit seiner Familie aus der Wohnung geworfen! Von Mieterschutz weit und breit nichts zu sehen. Zollinger musste mit Frau und Kindern zuerst in eine Notwohnung ziehen. Dass wegen der politischen Arbeit seine Familie leiden musste, war für ihn inakzeptabel. Er stellte sich 1966 nicht mehr zur Wahl. Auch zog er von Dietikon weg.

Dietikon bekommt ein Parlament

Die Dietiker Gemeindeversammlungen waren zunehmend schlecht besucht. Dies veranlasste einige Politiker, neue Lösungen ins Auge zu fassen.

Der Zeitpunkt war günstig, stand doch auch die Trennung der Sekundarschulgemeinde Dietikon-Urdorf und damit das Zusammengehen der politischen mit der Schulgemeinde Dietikon an. Die Gemeindeversammlung sollte durch einen Grossen Gemeinderat ersetzt werden.

Willy Hauser und 83 Mitunterzeichnende reichten im Februar 1957 eine Motion ein. Sie forderte, «die Frage einer eventuellen Einführung des Grossen Gemeinderates (heute Gemeinderat) auf die kommende Amtsperiode» zu prüfen.

Pro und Contra

An der Gemeindeversammlung vom 27. Juni 1957 wurde die Motion als drittes Geschäft behandelt. Die Diskussionen waren umfangreich und der Voten viele.

Die einen äusserten ihre Bedenken, dass die Gemeindeangelegenheiten nur noch durch die politischen Parteien entschieden würden und der politisch nicht organisierte Bürger kein Mitspracherecht mehr habe. Die anderen wiesen darauf hin, dass alle

Gemeinden in der Grösse von Dietikon die gleichen Probleme hätten und sich mit der Einführung eines Grossen Gemeinderates befassten. Der «wirklich klägliche Besuch der Gemeindeversammlungen» verlange neue Massnahmen und man solle doch diese Lösung einmal probieren. Sie bringe auch eine bessere Verteilung der grossen Verantwortung auf breitere Kreise. Alternativlösungen wie Besuchszwang für Gemeindeversammlungen gekoppelt mit Bussen bei Fernbleiben wurden als nicht gangbar verworfen.

Knapper Ausgang

Mit 164 Ja gegenüber 18 Nein wurde die Motion als erheblich erklärt und der Gemeinderat (heute Stadtrat) machte sich unverzüglich an die Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung. Dabei setzte er auch auf die Erfahrungen der Gemeinden Horgen und Uster. Es brauchte vier Entwürfe, bis die endgültige Fassung stand. Am 15. Dezember 1957 wurde sie mit 1133 Ja gegen 995 Nein knapp angenommen. Der Weg zur Wahl eines Grossen Gemeinderates im folgenden Jahr war frei!

Der Löwenplatz im beschaulichen Dietikon der Fünfzigerjahre.



Start mit Hindernissen

Die erste Sitzung des Grossen Gemeinderates fand erst am 31. Juli 1958 statt. «Schuld daran» war ein Rekurs, der gleich nach der Abstimmung eingereicht wurde.

Aus Sicht des Rekurrenten hätte der Erlass einer neuen Gemeindeordnung zuerst der Gemeindeversammlung vorgelegt und nicht direkt an die Urne gelangen dürfen.

Geplant war die Wahl des Grossen Gemeinderates für den 20. April 1958. Doch der Rechtsstreit ging bis vor Bundesgericht. Schliesslich wurde der Rekurs abgewiesen. Die Wahlen fanden daher erst am 6. Juli und die erste Sitzung des Grossen Gemeinderates am 31. Juli 1958 statt. Bis zum Erlass einer definitiven wurde eine provisorische Geschäftsordnung in Kraft gesetzt.

Mathematisches Kuriosum

Die Sitzungen fanden bis 1992 im Singaal des Schulhauses Steinmürli statt. An der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates wurden bei der Wahl von zwei Mitgliedern der Steuerkommission 71 Stimmen abgegeben. Das konnte nicht richtig sein, denn bei 34 anwesenden Mitgliedern waren höchstens 68 Stimmen gültig. Daher wurde beschlossen, dass bei offenen Abstimmungen jeder Stimmzähler laut zu zählen hatte, das Handmehr nicht mehr zulässig war, und bei geheimen Abstimmungen jeder Stimmzähler seine Schachtel mit den eingesammelten Stimmzetteln in eine grosse Schachtel legte, wo alle Zettel gemischt und erst dann ausgezählt wurden.

Dauerthema Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung war ein wiederkehrendes Traktandum. Eine Motion wollte die Zahl der Unterschriften, die für ein Referendumsbegehren erforderlich waren, herabsetzen. Nur zwei Parteien in Dietikon seien in der Lage, die benötigten Unterschriften zusammenzubringen. Für die anderen Parteien würde dies einen unverhältnismässigen Aufwand bedeuten. Der Gemeinderat lehnte das Begehren ab, da die Zeit seit Inkraftsetzung der Geschäftsordnung viel zu kurz sei, um ein Urteil fällen zu können. Gegen diesen Entscheid wurde beim Bezirksrat Rekurs eingelegt. Dieser wies den Rekurs ab. Der Entscheid wurde an den Regierungsrat weitergezogen. Auch dieser lehnte den Rekurs ab, hielt jedoch fest, dass die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates dem kantonalen Recht widerspreche und entsprechend zu ändern sei.

Einsatzfreudig, gewissenhaft und uneigennützig

Im Oktober 1961 reichte das «Überparteiliche Komitee zur Wahrung der demokratischen Rechte in Dietikon (UDKD)» eine Motion zur Abschaffung des Grossen Gemeinderates ein und wollte die Gemeindeversammlung wieder einführen. Der Gemeinderat lehnte das ab. Einerseits sei Dietikon zu gross für eine Gemeindeversammlung und andererseits habe das Gemeindeparlament sehr positive Arbeit geleistet. Die Gemeinderäte hätten ganz beträchtliche Opfer an Freizeit erbracht und «stets einsatzfreudig, gewissenhaft und uneigennützig» gehandelt. Ausserdem wurde bemängelt, dass kein Mitglied der



Grenzzugang des Kleinen und Grossen Gemeinderates im Juni 1961.

UDKD sich für eine persönliche Begründung der Motion an der Sitzung zur Verfügung gestellt hatte.

In der Volksabstimmung vom 21. Januar 1962 begruben 1840 Nein (gegen 805 Ja) das Begehren, den Grossen Gemeinderat zugunsten der Gemeindeversammlung wieder abzuschaffen.

(K)ein Ehrenamt

Die Besoldungsverordnung der Gemeinde definierte die Entschädigungen für Behördenmitglieder. Für den Grossen Gemeinderat mussten sie 1959 erst festgelegt werden. Pro Sitzung gab es Fr. 9.–, für einen halben Tag Fr. 12.–, für den ganzen Tag Fr. 25.–. Gesucht war eine ähnliche Regelung, wie sie Winterthur und Uster hatten.

Arbeitslast drückt

Bereits 1959 beantragte der Grosse Gemeinderat zwei neue Stellen, um den Gemeinderatsschreiber und dessen Stellvertreter zu entlasten. Deren Arbeitslast habe sich dermassen gesteigert, dass sie «auf die Dauer ohne gesundheitliche Schäden» nicht mehr bewältigt werden könnte. Die Schaffung der zwei neuen Stellen wurde einstimmig gutgeheissen.

Fake News

Im Juni 1961 machte der Grosse Gemeinderat einen Grenzzugang. Mit dabei: der «Limmattaler». Über die Berichterstattung des amtlichen Publikationsorgans war man allerdings sehr erbost, da der

Bericht den Eindruck eines Sauf- und Fressgelages erweckte. Es wurde beschlossen, bei der verantwortlichen Redaktion zu intervenieren, um in Zukunft solche unsachlichen und diffamierenden Äusserungen zu unterbinden.

Ausserdem

→ An der konstituierenden Sitzung wurden die Mitglieder der politischen Abteilung des Grossen Gemeinderates jeweils ersucht, während den Neuwahlen der bürgerlichen Abteilung «auf ihren Plätzen zu verharren».

→ Bereits im April 1959 waren Öffnungszeiten an Ruhetagen ein Thema. Der Grosse Gemeinderat liberalisierte die Ladenschluss-Verordnung für Bäckereien und Konditoreien dahingehend, dass diese an Ruhetagen entweder von 10.30 – 12.30 und von 15.00 – 18.00 Uhr oder von 8.00 – 9.00, von 10.30 – 12.30 und von 15.00 – 17.00 Uhr offen haben dürfen. Die Bäckereien waren in der Wahl der beiden Möglichkeiten frei.

→ Die Unterbringung von Fremdarbeitern aus dem Süden thematisierte eine Kleine Anfrage. Verschiedene Wohnhäuser dienten als eigentliche Fremdarbeiterherbergen. Sie seien total überbelegt und die Zimmermieten grenzten an Wucher. Die Verhältnisse seien menschenunwürdig. Der Gemeinderat wurde aufgefordert, die Missstände zu beseitigen.

Die BDB taucht ab

Etliche Rekurse kennzeichneten die Arbeit im Grossen Gemeinderat. Bei den Wahlen in die verschiedenen Kommissionen fühlte sich die Demokratische Fraktion übergangen.

Sowohl für die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) als auch für die Gesundheitskommission meldete Alfred Schlumpf Anspruch auf mindestens einen Sitz und protestierte gegen die Nichtberücksichtigung. Die Demokratische Partei (DP) legte beim Bezirksrat Zürich entsprechenden Rekurs ein. Darauf wurde nicht eingetreten, so dass ihn die DP an den Regierungsrat weiterzog. Auch dort wurde er abgewiesen.

Viel Aufruhr um den ersten Schulsekretär

Die fristlose Entlassung des Schulsekretärs 1961 wegen Unregelmässigkeiten im Geldverkehr warf 1962 im Grossen Gemeinderat viele Fragen auf. Eine kurze Mitteilung darüber im «Limmattaler» brachte die Sache ins Rollen. Gefordert wurde mittels Interpellation «eine objektive und wahrheitsgetreue Orientierung» durch die Schulpflege. Man befürchtete, dass die Schulgemeinde grossen Schaden erlitten habe und wollte wissen, wer die Verantwortung trage und welche Vorkehrungen getroffen würden, um die «Wiederholung solcher Misstände zu vermeiden». Die mündlich vorgetragene Antwort der Schulpflege lautete, dass unter 34 Bewerbern nur der Fehlbare ein Fachmann gewesen sei, weil er als einziger bereits Erfahrung als Sekundarschulpfleger und Aktuar der

Schulpflege habe vorweisen können. Die Schulpflege trage keine Verantwortung für die begangenen Delikte, denn jeder Angestellte geniesse das Vertrauen der Behörde. Man könne nicht hinter jeden Beamten einen Aufsichtsbeamten stellen.

Dorfkerngestaltung und Bremgarten-Dietikon-Bahn

Eine andere Interpellation zeigte sich 1962 besorgt über die Gestaltung des Dorfkerns. Dietikon liege inmitten von «mächtig aufstrebenden Gemeinden», habe einen grossen Mangel an Ladengeschäften und der Dorfkern (Zentralstrasse, Löwenplatz) bedürfe dringend einer Umgestaltung. Die Antwort des Bauvorstands befriedigte nur teilweise, denn offen blieben weiterhin Punkte wie die Schaffung einer eigentlichen Gewerbezone, der Ausbau der Zentralstrasse und die Linienführung der Bremgarten-Dietikon-Bahn (BDB).

1963 monierte eine Interpellation die immer gefährlicher werdenden Verkehrsverhältnisse zwischen Reppischhof und dem Bahnhof Dietikon. Gefragt wurde, ob eine Umstellung auf Autobusbetrieb nicht besser und entwicklungsfähiger wäre. Auch der Gemeinderat bemühte sich um andere Lösungen und gab zwei Studien in Auftrag. Die eine sollte die «unterirdische Einführung der BDB ab Unterführung Löwenplatz bis SBB-Bahnhof mit unterirdischem Bahnhof» prüfen. Die andere eine «Verlegung der BDB im Reppischhof und unterirdische Führung ab Hasenbergstrasse – Oberdorfstrasse – Bremgartnerstrasse bis zur Unterführung Löwenplatz». Beide Studien setzten einen Weiterbestand der BDB voraus, was bei deren «ständig

schlechter Finanzlage» aber alles andere als sicher war.

Fluglärm

Eine weitere Interpellation thematisierte im November 1963 den Fluglärm. Er nehme besonders in der Mittagszeit und im Laufe des Nachmittags ein unerträgliches Ausmass an. Im Steinmürli müssten die Lehrer den Unterricht jeweils unterbrechen, wenn ein Flugzeug über Dietikon fliege! Auch machte man sich Sorgen um die Auswirkungen auf das Spital Limmattal. Der Interpellant wünschte, dass die Flugzeuge zwischen den Dörfern und nicht über die Dörfer fliegen oder bereits in Kloten auf eine angemessene Höhe steigen sollten. Das Problem gelangte über den Gemeinderat zur Swissair, von da an das Amt für Luftverkehr der kantonalen Direktion für öffentliche Bauten bis zum Eidgenössischen Luftamt in Bern. Dieses gab abschlägige Antwort. Indirekt wurde in Aussicht gestellt, dass eine mögliche Änderung der Flugrouten höchstens im Zusammenhang mit der Verlegung der Limmattaler Segelflugplätze ins Auge gefasst werden könnte.

Ausserdem

→ Am 22. November 1963 wurde der amerikanische Präsident John F. Kennedy ermordet. Die Ratsmitglieder

und Zuhörer wurden in der Sitzung vom 28. November gebeten, «diesem grossen Staatsmanne durch Erheben von den Sitzen ehrend zu gedenken».

→ Im April 1964 reichte Josef Oeschger eine Motion «auf Einrichtung einer Gemeindebibliothek» ein.

→ Am 5. Juli 1964 stimmten 1365 Dietiker Ja (gegen 571 Nein) für den Kredit von Fr. 5 550 000.– für den Bau der Alterssiedlung Ruggacker und für die Schaffung einer öffentlichen Grünanlage.

→ Alfred Schlumpfs Motion betreffend Bau eines Hallenschwimmbades wurde abgelehnt: Für Dietikon allein sei der Bau untragbar und könne nur auf regionaler Basis verwirklicht werden.



Die Baustelle Altersheim Ruggacker 1965

Keine Gemeinde mehr

Bei der Abstimmung vom 14. September 1969 wurde den Dietiker Frauen das Stimmrecht auf kantonaler und das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene zugestanden.

Für die neue Gemeindeordnung wollte daher ein Antrag die Anzahl Gemeinderäte von 36 auf 40 erhöhen. Man befand aber, dass «vorerst einmal genügende Erfahrungen mit diesem neuen Volksrechte für unsere Frauen gemacht werden müssten». Änderungen könnten allenfalls später eingebracht werden.

Dietikon wird Stadt

Am 30. November 1969 erhielt die neue Gemeindeordnung Zustimmung. Ebenso die zukünftige Bezeichnung von Dietikon als «Stadt». Obwohl die Einwohnerzahl bereits 1955 auf 10 000 gestiegen war, hatte Dietikon bis dahin an der Benennung «Gemeinde» festgehalten.

Die dezentrale Unterbringung der Verwaltung war ein Problem, welches nicht befriedigend gelöst wurde. Eine Verlegung des Parlamentssaals in das projektierte, aber an der Urne abgelehnte Gewerbeschulhaus scheiterte. Die Reorganisation der Verwaltung, welche sich durch die neue Gemeindeordnung ergab, liess das «Verwaltungsgebäude und Rathaus» ruhen und in die nächste Legislatur wandern.

Kehrichtverbrennung für den Müll

1963 in einer Abstimmung angenommen, entwickelte sich die «Zentrale Kehricht- und Schlammverbrennungsanlage Limmattal» zu einer leidigen Geschichte.

Zweieinhalb Jahre vergingen, Kostenüberschreitungen bzw. ein Zusatzkredit wegen Konzeptionsänderungen waren die Folge. Dem projektierenden Ingenieurbüro wurde völliges Ungenügen vorgeworfen. Das abgeänderte Projekt von 1969 sah einen für Dietikon um knapp 2 Mio erhöhten Netto-Kostenanteil vor. Explizit festgehalten wurde aber, dass 3,5 Mio effektive Einsparungen erzielt worden seien, die nicht auf Minderausführungen beruhten.

Ausserdem

→ Nach der konstituierenden Sitzung wurde jeweils zu einer «kleinen Feier» in ein Dietiker Restaurant geladen, «die freie Zusammenkunft» durch musikalische Darbietungen «verschönert» und «um eine Polizeistundenverlängerung bis 02.00 Uhr nachgesucht».

→ Öfters liessen parlamentarische Gepflogenheiten zu wünschen übrig: unentschuldigtes Fernbleiben von Sitzungen, beleidigende Äusserungen, überschrittene Redezeiten und «zu weit vom Gegenstand der Erörterung entfernte Voten».

→ Dem tschechischen Volk bezeugte der Gemeinderat im September 1968 die Sympathie für seinen Freiheitskampf gegen die Warschauer-Pakt-Mächte und erinnerte, «welch unschätzbare Gut wir besitzen mit der Möglichkeit, unsere Gedanken frei äussern zu dürfen».

→ Für die Verlegung der Schiessanlage vom Fondli ins Reppischtal wurde 1969 die Ausarbeitung eines Detailprojekts bewilligt.

Porträt: Philipp Sánchez

«Zugegeben, ein wenig überrascht ...»



Mit Jahrgang 1996 ist Philipp Sánchez das jüngste, bei den Wahlen 2018 neu in den Gemeinderat gewählte Mitglied. Er steht quasi für die Zukunft des Rates. Der in Dietikon geborene Sánchez ist gelernter Automobil-Mechatroniker und wird voraussichtlich bald ein Studium beginnen. Seine Wahl überrascht ihn selber ein wenig. Das zeigt auch der Umstand, dass er sich bis Anfang Juli 2018 in einem bereits lange vorher geplanten Sprachaufenthalt befand. Die ersten Gemeinderatssitzungen verpasste er dadurch. Für das Porträt steht er unkompliziert per Mail «Red und Antwort».

Warum er sich das «antut»

Sánchez wuchs in einer Familie auf, die regelmässig politische Inhalte diskutierte. Er ist sehr am politischen Geschehen interessiert. Letztendlich lebe die Demokratie von der Partizipation der Bevölkerung und Sánchez ist überzeugt, dass man sich für seine Ideen und Interessen einsetzen muss. Sein Engage-

ment sieht er auch als Chance, persönlich dazu lernen zu können: Als Anfänger begibt er sich in ein Umfeld langjähriger PolitikerInnen, die aus ganz unterschiedlichen Bereichen kommen.

Den Ratsbetrieb hat Sánchez noch nicht wirklich erlebt. Dafür wertet er den Wahlkampf, in dem er sich sehr engagiert hat, als tolle, aber auch anstrengende Erfahrung. Wenn es eine Möglichkeit gäbe, Wahlen weniger zeitaufwendig zu gestalten, wäre Sánchez nicht undankbar. Und schiebt nach, Ineffizienz sei wohl der Preis der Demokratie.

Bei seiner ersten Mitgliederversammlung – seine Partei ist die SP – erschrak er über das hohe Durchschnittsalter. Mittlerweile hat sich das geändert und Sánchez schätzt den «positiven, frischen Drive». Auf seine Kandidatur für die Wahlen 2018 hat er von Freunden und Bekannten viel zustimmende Resonanz bekommen.

Aktenstudium first

Gefragt, ob er «Herzensprojekte» habe, die er im Gemeinderat verfolgen möchte, stellt er klar, dass er sich zuallererst in die laufenden Themen und Projekte einlesen müsse. Sehr am Herzen liegt ihm aber die Chancengleichheit, dass z.B. alle einen kostenfreien Zugang zu einem breiten Bildungsangebot haben müssen. Deshalb möchte er sich für die Schulinfrastruktur einsetzen. Dort gäbe es zu viele Notlösungen und «Provisorien». Ebenso brauche Dietikon mehr Erholungsräume und Spielplätze. Auch die Umwelt scheint ihm wichtig. Sánchez ist Mitglied im LEO Club Limmattal. In Urdorf hilft er einmal im Monat bei einer Aktivität zur Bekämpfung von Foodwaste mit.

Man darf gespannt sein, vom Gemeinderat Philipp Sánchez zu hören.

Neu mit Frauen-Power

Theres Frech, Lehrerin, war die erste Frau, die in den Dietiker Grossen Gemeinderat gewählt wurde.

An der konstituierenden Sitzung im Juni 1970 wurde sie speziell begrüsst und in den Protokollen ihr Name immer mit dem Zusatz «Frau» versehen, derweil die Männer, wie bisher, nur mit Vor- und Nachnamen erwähnt wurden.

Verkehr und Lärm bleiben Gesprächsstoff

Verschiedentlich beschäftigte sich der Gemeinderat mit verkehrstechnischen Problemen. Eine bereits in den 60er-Jahren installierte Ampel beim Löwenplatz erregte «Verärgerung unter der Bevölkerung». Obwohl die Betriebszeiten auf die «Rush Hour» reduziert waren, mussten die «Hausfrauen bei ihren Einkäufen bis zu drei Strassen überqueren und häufiger anstehen als die anderen Verkehrsteilnehmer». Aber auch die Autofahrer waren wenig erbaut. Die Ampeln wurden oft missachtet. Die schon lange projektierte, aber noch nicht erstellte «grosszügige Fussgängerunterführung» hätte dieses Problem entschärfen sollen. Gleichzeitig wurde vor allem an die Fussgänger appelliert, sich auf dem Löwenplatz disziplinierter zu verhalten und «den Kindern ein Vorbild» zu sein.

Auch der Fluglärm beschäftigte den Gemeinderat weiter. Im Frühling 1970 hatte das Amt für Luftverkehr die Abflugrouten neu festgelegt, im September 1970 wurde dem weiteren Ausbau des Flughafens Kloten zugestimmt. Eine

Interpellation monierte eine sprunghafte Zunahme der Überflüge mit entsprechenden Lärmemissionen und schlug eine zukünftige regionale Zusammenarbeit vor, damit das dicht besiedelte Limmattal vor der zunehmenden Lärmbelastigung geschützt werden konnte. Messungen an verschiedenen Punkten in Dietikon bestätigten keine Zunahme des Lärms. Festgehalten wurde aber, dass Lärm «zu einer Plage unserer modernen Welt» geworden sei. Eindämmung des Fluglärms sei nur von der technischen Entwicklung (Triebwerkschalldämpfung) zu erwarten.

Sportlich unterwegs mit Kunsteisbahn und Hallenbad

Die Sportstättenplanung sah Grosses vor. Im Schönenwerd sollten überkommunal eine Kunsteisbahn und ein Hallenbad erstellt werden und im Fondli ein Kleinhallenbad im Rahmen der Erweiterung des Schwimmbads.

Ausserdem

– 1970 erhielt die Stadtbibliothek (provisorisch im Gewerbeschulhaus) einen einmaligen Kredit (Fr. 150 000.–) für die Anschaffung von Büchern

und einen jährlich wiederkehrenden von Fr. 45 000.–.

– Das Lehrschwimmbecken im Luberzen wurde in Betrieb genommen.

– 1972 waren sieben Pressevertreter akkreditiert. Es musste eine zusätzliche Bank bereitgestellt werden, da die bestehende zu klein war.

– 1973 wurde mittels einer Interpellation eine Fussgänger- und Velofahrerfreundlichere Stadt gewünscht.



Fussgänger warten an der Lichtsignalanlage. Postkarte, ca. 1971.

Das Zentrum bleibt im Zentrum

Eine Interpellation regte 1975 die «weitestmögliche Gleichberechtigung» von Knaben und Mädchen an der Schule Dietikon an.

Gefordert wurde u.a., das Mädchenobligatorium für den Hauswirtschaftsunterricht in der 3. Sekundarklasse aufzuheben, damit die Mädchen in der Freifächerwahl gleichberechtigt mit den Knaben seien.

Schlumpfsche Röhre

Die ganze Legislatur durch beschäftigte sich der Rat mit möglichen Lösungen zur Entschärfung des stetig wachsenden Verkehrs im Zentrum. Besonders in den Stosszeiten stauten sich die Motorfahrzeuge kilometerlang. Verschiedene Ideen wurden beraten, um die Situation zu entschärfen: unterirdische Verbindung Zürcherstrasse (Schellerareal) bis Überlandstrasse (Einmündung bei der Unterführung), Querverbindung zwischen

der Zürcher- und der Überlandstrasse im Schönenwerd (zusammen mit dem Bau des Autobahnringes). Im Zentrum sollte eine grosse Fussgängerzone geschaffen und die öffentlichen Verkehrsmittel konzentriert werden.

Die Motion von Alfred Schlumpf (Schlumpfsche Röhre) für den Bau einer Zentrumszufahrt (Bahnhoftunnel) wurde im Dezember 1977 im Rat abgelehnt, da sich Dietikon aufgrund der Finanzlage ein solch aufwendiges Bau-

vorhaben (brutto rund 24 Mio. Fr.) nicht leisten konnte.

Stadtbibliothek zieht in ein neues Provisorium

Seit 1970 befand sich die Bibliothek im Gewerbeschulhaus, das den Raum schon bald selber benötigte. An der Bahnhofstrasse 10 bot sich Platz im sogenannten «Limmathaus». Auch dieser Bibliotheksstandort sollte ein Provisorium sein, da man vorhatte, die Stadtbibliothek später



Singsaal Steinmüli am
21. März 1974: Konstituierende
Sitzung der Legislatur 1974/1978.
Vorne rechts Theres Frech.

definitiv unterzubringen. Möglichkeiten waren Angliederung beim Verwaltungsneubau oder Integration bei der Zentrumsüberbauung. Das Ziel, die Stadt in eine Regionalbibliothek umzuwandeln, konnte im «Limmathaus» nicht verwirklicht werden, da der Platz zu knapp war für einen die ganze Region versorgenden Bücherbestand. Bei der Bewilligung des Umzugs- und Bücherkredits wurde ausdrücklich festgehalten: «Im übrigen floriere die Stadtbibliothek vor allem in der Jugendbuchabteilung ausgezeichnet.»

Ausserdem

→ Nachdem 1974 ein Gemeinderat unerlaubterweise ein Tonband aufgestellt hatte, beschloss man, dass der an den Sitzungen anwesende Stadtpolizist jeweils unaufgeforderte Kontrollen im Saal und auf den Zuschauersitzen vorzunehmen hätte. Tonband-Aufnahmen waren verboten.

→ Schlieren zog sich wegen seiner angespannten Finanzlage aus dem Projekt einer regionalen Kunsteisbahn im Schönenwerd zurück. Aufgrund der neuen Situation bezeichnete Dietikon die Eisbahn als «wünschbar, aber nicht dringend».

→ Ein Kredit für die Erstellung eines Doppelpavillons für Notschulräume im Wolfsmatt wurde 1975 gutgeheissen.

→ Am 22. Januar 1978 stimmten die DietikerInnen dem Vorschlag des Grossen Gemeinderates zu, den Schulpräsidenten nicht in den Stadtrat zu integrieren.

Unter Protest

Die Bestellung der Behörden ging nicht immer reibungslos vonstatten. Die Fraktion der Sozialdemokraten verliess am 14. Juni 1979 geschlossen die Sitzung. Aus Protest über die Nichtwahl ihres Kandidaten für das 1. Vizepräsidium. Dieses Verhalten wurde im Rat nicht geschätzt. Mit 24 verbleibenden Mitgliedern blieb man aber beschlussfähig und fuhr nach kurzer Pause mit den Beratungen fort.

Das AGZ darf an den Start ...

1981 bewilligte der Gemeinderat einen Kredit von fast 12 Mio Franken, um an der Oberdorfstrasse ein Alters- und Gesundheitszentrum mit Pensionärabteilung zu erstellen. Damit einhergehend sollte im Ruggacker dessen Pensionärabteilung in eine Pflegestation umgewandelt und ein unterirdischer Verbindungsgang zwischen Ruggacker und dem AGZ geschaffen werden.

... und das Jugendzentrum aufs

Schellerareal

Im Januar 1981 war der Jugendhausverein gegründet worden. Nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene, juristische Personen und die öffentliche Hand waren Mitglieder. Dies war eine wichtige Voraussetzung, damit das Parlament einmalig gut Fr. 200 000.- sprach und jährlich wiederkehrend Fr. 27 000.- (=1/3) am Betriebsdefizit. Darüber hinaus wurde die Jugendhausleiterstelle in eine Jugendberaterstelle umfunktioniert. Den RätInnen sassen die «Zürcher Krawalle» noch in den Knochen.

Daher waren die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung, die Kontrolle der Öffnungszeiten, die Verhinderung von Einflüssen aus Zürich (AJZ), eventueller Drogenkonsum und Lärmemissionen intensiv diskutierte Punkte. Explizit wurde festgehalten, dass die Stadt für Krawall-Schäden nicht aufkommen werde. Die Jugendlichen sollten mithelfen und Eigenleistungen erbringen.

Ebenfalls auf dem Schellerareal war ein «Kulturtreff» vorgesehen. Man hoffte, dass «die Erstellung einer Brücke zu den Erwachsenen» des Kulturtreffs nicht schwierig sei.

Ausserdem

→ 1978 wurde aus dem «Grossen Gemeinderat» schlicht «Gemeinderat» und aus dem bisherigen Gemeinderat der «Stadtrat».

→ An der Besichtigung der restaurierten Bahnhöfe Zürich und Baden und der Spanisch-Brötli-Bahn-Station Dietikon

nahmen der Gemeinderatspräsident und die beiden Vizepräsidenten als Gäste der SBB teil (26. April 1980).

→ Eine Realklasse machte im September 1980 eine Eingabe, in der sie behördliche Massnahmen (Verkehrsbeschränkungen, Fussgänger- und Velozonen, Wohnstrassen usw.) gegen den Lärm verlangte.

→ An die Kosten von Fr. 850 000.- für die Anschaffung einer EDV-Anlage in der Stadtverwaltung bewilligte man Fr. 320 000.-.

→ Fussballspielen trage zur «Lösung des Jugendproblems» bei. Für den FC Dietikon wurden Fr. 445 000.- für die Erstellung eines Trockenplatzes mit Beleuchtung in der Dornau bewilligt.

→ Theres Frech war 1981/82 die erste Frau, die das Dietiker Gemeinderatspräsidium inne hatte.



Ruggacker: Bau der Unterführung AGZ, 1983.

Porträt: Theres Frech

Versierte «Politfrau»

Theres Frech lebt in Dietikon. Eigentlich. Aber eigentlich auch in Italien. Dort besitzt sie seit rund 40 Jahren ein Haus mit Umschwung. Knapp vor Redaktionsschluss des Neujahrsblatts weilt sie eine Woche in Dietikon, ihre Agenda schon voller Termine. Sie erklärt sich aber sofort für ein Treffen bereit.

Frech erscheint schwungvoll zum Interview. Ihre 80 Jahre gibt man ihr nicht! Sie hat eine einnehmende Art und weiss spannend aus ihrem Leben zu erzählen. Frech wurde in eine politisch (SP) aktive Familie geboren. Von Kindsbeinen an bekam sie so «Politik» immer hautnah mit. Sie kann sich noch gut daran erinnern, wie sie als kleines Mädchen mit ihrem Grossvater jeweils am 1.-Mai-Umzug mitgelaufen ist. Frech ist ausgebildete Primarlehrerin, unterrichtete im Limmattal, aber auch ein Schuljahr lang in New York. Seit 1999 ist sie pensioniert.



Erste (und einzige) Frau

Mit der Einführung des Frauenstimmrechts auf kommunaler Ebene machten sich alle Parteien auf die Suche nach geeigneten Kandidatinnen. Frech nahm zusammen mit ihrer Mutter an verschiedenen Parteiversammlungen teil und entschied sich, für den LdU als Gemeinderätin zu kandidieren. Ihre Wahl überraschte sie eigentlich nicht, da sie in Dietikon gut vernetzt war. Vielmehr war sie erschrocken, dass keine andere Frau den Sprung in den Rat geschafft hatte.

Von Anfang an fühlte sich Frech im Männergremium akzeptiert und in der Gemeindepolitik wohl. Sie räumt aber ein, dass sie sich bewusst war, als Frau unter Beobachtung zu stehen und «keinen Schnitzer machen und auch keine dummen Fragen stellen durfte». 1981 wurde sie dann auch die erste Gemeinderatspräsidentin. Durch die eigene Gemeinderatsstätigkeit habe sie sich viel detaillierter mit den Geschäften und auch der finanziellen Lage Dietikons befasst. Sie war schon lange nicht mehr Gemeinderätin, als ein Kollege ihr attestierte, dass sie an den Sitzungen immer ausgezeichnet vorbereitet gewesen sei. Frech meint denn auch, politische Arbeit sei permanente Weiterbildung.

Überraschende Wahl

Dass sie 1983 als erste Frau aus dem Bezirk Dietikon in den Kantonsrat gewählt wurde, sei «aus Versehen geschehen». Sie war hinter dem Bisherigen auf dem zweiten Listenplatz aufgeführt, ... und überflügelte diesen mit



Die Wahl von Theres Frech zur ersten Präsidentin des Gemeinderates Dietikon fand auch in der Presse Niederschlag.

neun Stimmen. Auf diese Überraschung war sie beruflich nicht vorbereitet und musste zuerst eine Lehrer-Stellvertretung für den Montag (Sitzungstag Kantonsrat) organisieren. War sie sich vom Unterrichten und vom Gemeinderat her gewöhnt, dass der Rednerin zugehört wurde, musste sie sich im Kantonsrat zuerst daran gewöhnen «in Mais ine z'rede». Nicht alle Ratsmitglieder hörten den Voten zu, sondern es wurde geschwätzt, Zeitung gelesen oder «Absentismus» gepflegt.

Theres Frech war von 1970 – 1987 Gemeinderätin und von 1983 – 1991 Kantonsrätin. Noch immer ist sie politisch interessiert. Sie lässt sich jeweils die Einladungen für die Gemeinderatsitzungen schicken. Wann immer möglich, nimmt sie als Zuhörerin teil. Und selbstverständlich wird man sie auch am 60-Jahr-Jubiläum des Dietiker Gemeinderates antreffen.

Verursacherprinzip

Der fürs Amtsjahr 1982/83 neu gewählte Gemeinderatspräsident dankte seiner Amtsvorgängerin Theres Frech für ihre vorzügliche Arbeit. Sie habe den Beweis erbracht, «dass ein Ratspräsidium nicht eine reine Männersache sein müsse»...

Verkehr von allen Seiten

Es war ein Kreuz mit den Kreuzungen. Die Ochsen-Kreuzung geriet zunehmend in den Fokus, da sich die Unfälle dort besorgniserregend häuften. Die Gefährlichkeit der Kreuzung war hinlänglich bekannt. Doch wollte man nicht nur diese, sondern auch alle übrigen neutralgischen Kreuzungen einer Prüfung unterziehen. Ein Eingriff an einer Stelle (z.B. ein Lichtsignal) hätte sofort Auswirkungen an den anderen Stellen. Aufgeworfen wurde u.a. ein Nachtfahrverbot auf der Steinmürlistrasse (AnwohnerInnen ausgenommen).

Die Schönenwerdkreuzung gab viel zu reden im Zusammenhang mit der N20 und deren Zubringer, möglichen Fuss-/Radwegen und wo warum welche



Schönenwerdkreuzung, frühe 80er-Jahre.

Unterführungen zu bauen wären. Die Diskussion wurde als typisch für Dietikon bezeichnet, weil nach langem Reden über Verkehrsprobleme «doch nichts herauschaue».

Sammeln und Wiederverwerten

Vermehrt rückte ins Bewusstsein, dass mit Rohstoffen sparsam umgegangen werden muss. Eine Interpellation regte

eine ständige Aluminium-Sammelstelle an. Bereits in den 70er-Jahren stellte Dietikon Container für Glasabfälle auf. Und 1984 wünschte ein Postulat, dass Garten- und Küchenabfälle kompostiert statt verbrannt würden. Die Bevölkerung sollte zudem umfassend über die private Kompostierung informiert werden. Auch regionale Grosskompostanlagen seien ins Auge zu fassen.

Als Sparanreiz forderte ein Postulat 1985 das Verursacherprinzip bei der Kehrichtgebühr. Die Abfallgrundgebühr sollte reduziert, dafür der Preis der Abfallsäcke erhöht werden.

Ausserdem

→ Ausgiebig diskutiert wurde 1982 der Antrag für die Erstellung einer 55 Meter langen Wasserrutschbahn im Freibad Fondli.

→ Den StimmzählerInnen erwuchs 1982 beinahe ernsthafte Konkurrenz, als eine kleine Anfrage den Einsatz von Zählmaschinen für das Auszählen der Stimmzettel ins Spiel brachte.

→ Schon in den 80er-Jahren wurden mehr Schnellzugshalte in Dietikon gefordert.

→ Zum 25-Jahr-Jubiläum des Gemeinderates schenkte Schlieren Dietikon eine Linde, welche am 17. Dezember 1983 mit einer schlichten Feier beim Stadthaus hinter dem Polizeiposten eingepflanzt wurde.

→ Im Dezember 1985 scheiterte ein Antrag auf versuchsweise Einführung eines Ortsbus-Betriebes.



Geschenk aus Schlieren: Linde.

«Salz, Pfeffer und bunte Farben ...»

Im März 1986 wählte der Rat zum ersten Mal einen Romand zum Präsidenten. Germain Mittaz betrachtete dies als grosse Ehre und als Ausdruck von Toleranz und Aufgeschlossenheit.

Er bedauerte, dass «nur drei statt sechs Damen» in den Rat Einzug gehalten hätten. Und beglückwünschte Alfred Schlumpf, der als Doyen bereits den 25. Ratspräsidenten erlebte. «Sind ä chli lieb mitenand», appellierte er an seine KollegInnen. Voten dürften aber trotzdem «Salz, Pfeffer und bunte Farben enthalten».

Dietikon soll sich aktiv entwickeln

Das Thema «aktive Stadtentwicklungspolitik» gab während der Legislatur viel zu reden. Das im November 1986 eingereichte Postulat strebte eine längerfristige Verbesserung der angespannten Finanzsituation an und forderte den Stadtrat auf, seine Vorstellungen und Zielsetzungen in einem Bericht klar zu formulieren. Die Berichte sollten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und im Gemeinderat sollte dazu Stellung bezogen werden können.

Die Detailberatung nahm eine Sitzung und drei Doppelsitzungen in Anspruch. Der Bericht gliederte sich in 17 Kapitel: Bevölkerung, Wohnungsbestand, Industrie und Gewerbe, Umwelt, Finanzen, Regionale Funktionen, Verkehr, Energie und Werke, Entsorgung, Verwaltung, Sozialwesen, Kultur, Sport, Freizeit, Schutzobjekte, Bürgergemeinde, Bergdietikon.

Er wurde als gut lesbar und die Auswahl der Problemkreise als richtig bezeichnet. Ein Kapitel Schule fehlte. Dies und das Fehlen eines Leitgedankens wurden kritisiert. Es sei eine «Geschäftsberichtsdebatte in die Zukunft daraus geworden».

Ausserdem

→ Offenbar war man sich in den Sitzungen manchmal so uneinig, dass ein Gemeinderat einem anderen einen «Vogel» gezeigt haben soll.

→ Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose erhielten 1987 einen jährlich wiederkehrenden Rahmenkredit bewilligt, der nach Bedarf verschiedenen Programmen zugesprochen werden konnte.

→ 1988 diskutierte der Rat ein Postulat betreffend Tempo 30 in den Dietiker Quartieren. Es wurde nicht überwiesen, weil man die Massnahmen weder als durchführbar noch als kontrollierbar betrachtete. Ausserdem fehlten die Rechtsgrundlagen.

→ 1989 feierte Dietikon eine «900-Jahr-Feier». Dies aufgrund der ersten urkundlichen Erwähnung Dietikons 1089 in den Chroniken zweier Mönche.



900 Jahr-Feier: Umzug der Spanisch-Brötli-Bahn.



Der Gemeinderatssaal steht für verschiedene Veranstaltungen zur Verfügung.

Endlich im neuen Parlamentssaal

Am 16. Januar 1992 war es soweit: Der Gemeinderat tagte zum ersten Mal im neuen Stadthaus im Gemeinderatssaal. Vorgängig fand deswegen eine kleine Feier statt.

Der Saal sollte auch für andere Veranstaltungen offen stehen und so die Bevölkerung an den Gemeinderat erinnern. Im September 1993 wurde ein Rednerpult mit Mikrofon eingerichtet. Frühere Versuche, die Verständlichkeit der Voten zu verbessern (z.B. durch ein vom Polizisten überbrachtes drahtloses Mikrofon), wurden als «den Ratsbetrieb erheblich störend» empfunden. Ausserdem konnten auch die ZuhörerInnen den Diskussionen besser folgen.

Dietikon betritt (Velo-)Neuland

Im November 1990 bewilligte der Gemeinderat einen Kredit für die Erstellung eines Velohauses beim Bahnhof. Der Kanton subventionierte das Projekt. Die GegnerInnen titulierte das Velohaus als «Schachtel mit Glas» und viel zu teuer. Die BefürworterInnen sahen darin eine Möglichkeit zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und eine benutzerfreundliche Unterkunft für die immer teurer werdenden Velos. Die bishe-

rigen, überfüllten Veloständer sollten einer gewissen Ordnung rund um den Bahnhof weichen.

Gleichzeitig wurde auch die Überdachung des Taxi-/Velounterstands und des Bushofs beim Bahnhof bewilligt. Dessen Umsetzung führte 1993 zu Kritik. Wegen der erforderlichen Durchfahrts Höhe für die Busse war die Überdachung zu klein und schützte nicht vor Regen. Für zusätzliche Schutzdächer oder Warthallen aber waren die Perrons zu schmal. Breitere Dächer hätten eine Veränderung der Tragkonstruktion und deutliche Mehrkosten zur Folge gehabt.

Ausserdem

→ Nach der Räumung der Zürcher Drogenszene auf dem Platzspitz war man in Sorge. Kritisiert wurde, dass keine gezielte Suchtmittelprävention betrieben werde. Früher seien Fachleute in die Schulen gegangen, «heute werde es dem Lehrer überlassen».

→ Eine Interpellation kritisierte den Umstand, dass 1993 nur gerade in einem Schulhaus an nur zwei Tagen pro Woche (Dienstag und Donnerstag: 10:15 – 13:15 Uhr) ein Mittagstisch bestand. Die Kinder mussten das Essen selber mitbringen. Die Kosten waren hoch, weil der Mittagstisch selbsttragend sein musste. Die Interpellation regte an, in allen Schulhäusern an allen Tagen Mittagstische anzubieten und die Elternbeiträge so festzulegen, dass sich Eltern aller sozialen Schichten den Mittagstisch leisten konnten.

→ 1993 wurde beschlossen, eine Wegleitung für neue GemeinderätInnen zu erstellen, die eine Einführung in den Parlamentsbetrieb vermitteln sollte.

Die ganze Schweiz fährt in die Silbern

Als im Frühling 1994 gleich zwei neue Megamärkte im Dietiker Industriequartier ihre Tore öffneten, gab es einen «Verkehrskollaps». Die Autos fuhren aus der ganzen Schweiz in die Silbern und stauten sich bis auf die Autobahn zurück. Dies führte zu einer Interpellation der Grünen, die für zukünftige Baubewilligungen nicht nur bautechnische, sondern auch verkehrstechnische Aspekte berücksichtigt haben wollten.

Drogenszene in Dietikon?

Eine weitere Interpellation befasste sich mit der Drogenproblematik. Bei der Auflösung der Szene am Letten wurden Süchtige in ihre Wohngemeinden zurückgeführt. Auch Dietikon war davon betroffen. Man fürchtete die Entstehung einer lokalen Drogenszene und die Verlagerung der Beschaffungskriminalität nach Dietikon. Hartes, konsequentes Durchgreifen wurde gefordert ebenso wie vermehrte Aufklärung der Jugend und konkrete Prophylaxe. Als Basisversorgung im Rahmen der Drogenhilfe beteiligte sich Dietikon an der Regionalen Drogenhilfe Limmattal (RDL). Sie umfasste eine Not schlafstelle in Urdorf, einen Mittagstisch in Schlieren, eine betreute Wohngruppe in Dietikon und das Beschäftigungsprogramm Job Bus. Die Wurzeln des Drogenproblems lägen «in der Familie, in der Gesellschaft, bei uns allen». Die Erwachsenen hätten eine wichtige Vorbildfunktion.

Immer weniger Kinder an der Kanti?

Die Schulpflege musste sich 1996 mit einer Interpellation befassen, die konstatierte, dass

vermehrt Familien von Dietikon wegziehen oder ihre Kinder in private Schulen nach Zürich schicken würden, weil die Situation an der Dietiker Volksschule «nicht mehr optimalen Ansprüchen genüge». Als Folge davon würden immer weniger Dietiker Kinder in eine Mittelschule gehen. Die Schulpflege teilte diese Besorgnis nicht, hätten doch schon seit je immer wieder Kinder aus Dietikon auswärtige Schulen besucht: Schulen mit einer bestimmten pädagogischen Grundhaltung und/oder mit einem speziellen Betreuungsangebot. Oder auch Heim-/Sonderschulen. Die schwierige Situation in Dietikon sei nicht allein ein schulisches, sondern ebenso sehr ein sozialpolitisches Problem.

Ausserdem

→ Der Verein «Pfadihuus Dietike» erhielt im Sommer 1995 einen Beitrag von einer halben Million an die Kosten für den Bau seines Pfadihauses.

→ Die unfallträchtige Kreuzung Bremgartner-, Windegg- und Guggenbühlstrasse sollte dringend sicherer gemacht werden. Es sei an der Zeit, eine Signalanlage anzubringen, die auch den Vortritt der BDB beachte.

Dietikon sorgte sich wegen der Auflösung der Drogenszene im Zürcher Letten.



Die Schule brennt

1998 existierte das Parlament bereits 40 Jahre. Man sah von einer Feier ab, fasste aber ein Auftreten ins Auge, bei dem die GemeinderätInnen eine Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit verrichten sollten: an einem Wochenende die Nebensammelstellen zu betreuen und hautnah mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, stiess allerdings auf wenig Interesse. Zur Verfügung stellten sich gerade mal sechs Frauen ..., auf die Durchführung wurde verzichtet.

Dauerbrenner Schule

Viele Beratungen befassten sich mit dem Thema Schule. Obwohl sich der Gemeinderat im Oktober 1998 klar für die Einführung der Dreiteiligen Sekundarschule ausgesprochen hatte, war die Gegliederte Sekundarschule nicht vom Tisch. Die Einreichung einer «Volksinitiative Gegliederte Sekundarschule» führte auf vielen Umwegen dazu, dass die DietikerInnen in der drauffolgenden Legislatur an der Urne dazu Stellung zu nehmen hatten.

Mittels Postulaten wurde eine Teilnahme am Projekt «Qualität in multikulturellen

Schulen (QUIMS)» erreicht und eine Stelle für Schulsozialarbeit geschaffen. Sie wurde aufgeteilt in je 50 Prozent auf die Schulhäuser Zentral und Luberzen.

Ein weiteres Postulat sah die Lösung für «ein grosses Problem, das viele nicht auszusprechen wagten» in der Schaffung von Klassen für deutschsprachige SchülerInnen auf Kindergarten- und Primarstufe. Das Postulat wurde im November 1998 (22 Ja/10 Nein) zur Beantwortung an die Schulpflege überwiesen. Diese teilte in der umfangreichen Antwort die Bedenken, verwies auf bereits bestehende Unterstützungsangebote, stellte sich aber auf den Standpunkt, dass eine «Isolation der fremdsprachigen Kinder kontraproduktiv sei».

Ausserdem

→ Ein im März 2000 eingereichtes Postulat zur Einführung eines unpersönlichen Generalabonnements für DietikerInnen mündete in eine absolute Erfolgsgeschichte: das GA-Flexi stand ab Februar 2001 in zwei und ab Juni 2001 in drei Exemplaren zur Verfügung.

→ Der Ton im Rat verschärfte sich. Immer wieder wurde die Wortwahl einzelner Mitglieder beanstandet.

→ Demgegenüber konstatierte eine Rätin, dass Dietikon ein diszipliniertes Parlament habe, das allen Mitgliedern Respekt entgegenbringe. Die persönliche Erklärung machte sie nach dem Besuch einer Sitzung des Gemeinderates Zürich. Dort hätten chaotische Verhältnisse geherrscht: Unruhe, Geschwätz, Telefonate, Zeitungen lesen usw.

Die S-Bahn-Station Glanzenberg im Bau, 1999.



Neu mit Stadtbahn

Traktandenlisten, Protokolle und andere Schriftstücke erzeugten immense Papierberge. Sie zu versenden beanspruchte viel Zeit. Gleichzeitig waren immer mehr Gemeinderatsunterlagen auf dem Internet zugänglich. Dies veranlasste das Büro des Gemeinderates, die physische Zustellung der Papiere einzuschränken. Der Versand gesetzlich vorgeschriebener Unterlagen blieb bestehen. Die zahlreichen InteressentInnen (2004: 166), die nicht aus dem Gemeinderat stammten, konnten mittels Fragebogen wählen, ob sie den Versand weiterhin beanspruchen wollten.

Überflutet

Ein Gemeinderat reichte derart viele Kleine Anfragen ein, dass es dem Büro des Gemeinderates zu bunt wurde. Es war sich einig, dass dies ein Missbrauch des Rechts zum Stellen von Parlamentarischen Vorstössen sei. Ausserdem gehe es jeweils nicht um die Sache, sondern schlicht um Publizität. Es beschloss, zukünftig nur noch die Gesamtzahl der eingereichten Anfragen zu erwähnen, wenn ein und dasselbe Mitglied zwischen zwei Sitzungen mindestens drei Kleine Anfragen einreichte: «XY hat fünf Kleine Anfragen eingereicht und es wurden vier beantwortet.»

«Badefreuden»

Längere Diskussionen entstanden rund um die dringend nötige Sanierung des Hallenbads Fondli. Es war schon 30 Jahre in Betrieb und Ersatzteile immer weniger erhältlich. Das Personal musste vermehrt einfallreiche Massnahmen ergreifen, um

den Unterhalt zu gewährleisten. Eine Ratsseite wollte bei dieser Ausgangslage gleich die ganze Hallenbadsituation überprüfen und brachte die Idee einer Zusammenlegung der Hallenbäder Luberzen und Fondli aufs Tapet. Die Ratsmehrheit wollte davon aber vorläufig nichts wissen und bewilligte für die Sanierung und den Umbau des Hallenbads Fondli einen Kredit von gut 10 Millionen Franken.

Limmattalbahnhof



Visualisierung der Limmattalbahnhof.

Im Juli 2003 fand sich im zur Anhörung aufgelegten kantonalen Verkehrsrichtplan neu eine Stadtbahn von Altstetten über Schlieren, Urdorf und Dietikon nach Spreitenbach. Eine Interpellation wollte mehr über die Linienführung wissen, «da sie recht eigenartige Merkmale aufweise».

Ausserdem

→ Die Schule blieb Brennpunkt, die Themen parlamentarischer Vorstösse zahlreich: Schulraumplanung, Sonder-/Kleinklassen, Elternpflichten, Zusammenarbeit Schule-Elternhaus, Information fremd-

sprachiger Eltern, Deutschkenntnisse im Kindergarten, Grundstufe, Begabtenförderung, Aufgabenhilfe, Deutsch für Fremdsprachige, Computer an der Schule und spezielle Spielgruppen mit Sprachförderung waren nur einige davon.

– Die Bauabrechnung für den Wiederaufbau der 2001 abgebrannten Stadthalle gab wegen Kostenüberschreitung viel zu reden.

Gateway – go away

Gar nicht erfreut war der Gemeinderat über den Gateway-Terminal, den die SBB-Cargo im Limmattal plante. An zahlreichen Sitzungen diskutierte man, wie dieser nationale Container-Terminal in Dietikon verhindert werden könnte. Insbesondere das Argument der SBB, im bereits stark mit Lärm belasteten Limmattal würden die weiteren, negativen Auswirkungen

weniger wahrgenommen, empfand man als zynisch. Stadt- und Gemeinderat zogen an einem Strick, die Limmattaler Gemeinden schlossen sich zur Allianz «Lebensqualität Limmattal» zusammen. Das Komitee «Gateway: so nicht!» engagierte sich ebenfalls gegen den Gateway.

Kronenareal

Auch das Kronenareal war Thema vieler Sitzungsstunden. Die Stadt hatte 2005 die Kronen-Liegenschaften gekauft: ehemaliges Hotel Krone, Alter Bären, Zehntenscheune, ehemaliges Bauamt. Ziel war, das historische Ensemble möglichst als Ganzes zu erhalten. Im Kaufvertrag stand festgeschrieben, dass die Krone saniert und wieder als Restaurant der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Nutzung der anderen drei Gebäude war offen und weckte viele Ideen, die in den Gemeinderat getragen wurden. Vor allem die Zehntenscheune schien sich für Kulturschaffende anzubieten. Deren Interessen wurden durch die «IG Kronen-

platz» vertreten, die auch Unterschriften für zwei Volksinitiativen zur Zukunft der Kronen-Liegenschaften sammelte.

Ausserdem

– Am 28. August 2008 fand während der Sitzung der offizielle Festakt des 50-Jahr-Jubiläums des Gemeinderates statt. Alle ehemaligen Mitglieder waren eingeladen.

– Über die Legislatur verteilt wurden viele Fraktionserklärungen verlesen. Sei es, um den Stadtrat zu rügen oder die Art und Weise, wie während der Debatten miteinander umgegangen wurde.

– Ein Postulat regte 2008 an, die mittlerweile über 35-jährige Weihnachtsbeleuchtung zu ersetzen. Energetisch passte sie nicht mehr zur «Energistadt Dietikon» und der Aufwand für den Unterhalt war gross.

– Bei der Amtsübergabe im März 2009 bedauerte der scheidende Gemeinderatspräsident, dass nicht sachlicher debattiert worden war und es viel «Links-rechts-Gepolter» gegeben hatte. Der neugewählte Präsident sprach seiner Familie und den Angehörigen aller Behördenmitglieder seinen Dank aus für die Unterstützung, ohne die ein solches Amt nicht zu bewältigen wäre.

– Im September 2009 beklagte ein Postulant die zunehmende Verwilderung bei der Einhaltung der Verkehrsregeln durch Velofahrende: Sie fuhren ohne Licht, bewegten sich auf den Trottoirs, missachteten

Rotlichter und gefährdeten insbesondere FussgängerInnen. VelofahrerInnen seien vermehrt dazu anzuhalten, die Regeln einzuhalten.

Parkieren nur mit Natel erlaubt ...

2010 wurde in der Fragestunde um Antwort gebeten, wer die Hinweistafel beim Parkplatz an der Kreuzung Bremgartner-Bernstrasse aufgestellt hatte und was sie bedeutete? Ob hier nur parkieren dürfe, wer ein Natel besitze? So ganz überzeugend fiel die Antwort durch den Sicherheitsvorstand nicht aus. Der Parkplatz gehöre der Holzkooperation. Offenbar sei die Bezahlung der Parkgebühr nur via Mobiltelefon möglich ...



Parktafel sorgt für Verwirrung.



Umgebauter «Alter Bären».

Es bahnt sich etwas an

Viel Ratszeit wurde den Bahnen gewidmet. Der BDWM und dem Zustand ihrer Schienen. Die «Lärm- und Schüttelbahn» hatte ihren Takt verdichtet und neue Triebzüge im Einsatz, die deutlich schwerer waren als die bisherigen. Das führte vor allem zwischen dem Zentrum und der Schöneggstrasse zu unangenehmen, für die AnwohnerInnen deutlich spürbaren Erschütterungen. Auch der damit verbundene Lärm war so störend, dass auf rasche Sanierungsmassnahmen gedrängt wurde. In den Diskussionen tauchten Varianten auf: die BDWM nach Westen (insbesondere ins Gebiet Niederfeld) zu verlängern – wegen der engen Platzverhältnisse nur mit grossen Einbussen bei der Kapazität des Verkehrssystems vorstellbar – oder die Bahn im Bereich Kirchplatz zu untertunneln.

Auch die Linienführung der zukünftigen Limmattalbahn gab einiges zu reden und tauchte während der Legislatur an fast einem Dutzend Sitzungen auf.

Ausserdem

→ Nach einem zweijährigen Versuchsbetrieb bewilligte der Gemeinderat 2010 einen Kredit von Fr. 282 000.– für den Busbetrieb ins Weinbergquartier im Fahrplanjahr 2011. Man hoffte, dass die Linie 325 letztlich in das Angebot des ZVV aufgenommen würde.

→ Im November 2012 erteilte das Stimmvolk dem Mietvertrag für Schulraum im Limmatfeld eine Abfuhr. Dies führte dazu, dass an der Dezember-Sitzung gleich fünf Fraktionen eine Erklärung

abgaben. Sie hatten dafür jeweils zwei Minuten zur Verfügung. Anschliessende Diskussionen waren nicht vorgesehen.

Und weg war er ...

Eine Initiative, die das Verbleiben des Alten Bären im städtischen Eigentum forderte, kam innert kürzester Zeit zustande und sollte am 18. Dezember 2014 übergeben werden. Zwei Tage vor dieser Übergabe verkündete der Stadtrat aber den Verkauf. Das führte zu einer dringlichen Interpellation, die den Weg auf die Tranktandenliste der konstituierenden Sitzung vom 5. März 2015 fand. Die eine Ratsseite empörte sich, weil die erste Sitzung der Legislatur ein feierlicher Anlass sei, an dem keine Ratsgeschäfte traktandiert werden. Die Interpellanten dagegen empörten sich über den als «Affront» empfundenen Verkauf des Alten Bären.

Schulraum nimmt Raum ein

Nach den Erfahrungen im Limmatfeld wies der Gemeinderat darauf hin, dass im dereinst neuen Quartier Niederfeld dringend Fläche für Schulraum auszuscheiden und gegebenenfalls zu erwerben sei. Geplant war ein Schulhaus im Gebiet Blächen. Die Fläche wurde aufgrund von Normwerten berechnet, und so ca. 7000 m² vorgesehen. Man ging von ein bis zwei Klassen pro Jahrgang aus. Für ein Schulhaus im Limmatfeld sah man im Gebiet Stierematt eine Möglichkeit. Dort musste aber auf den



«Wolfsmattika» erweitert den Dietiker Schulraum

Erlass der Moorschutzverordnung durch den Regierungsrat gewartet werden. Das konnte dauern und liess keine sichere Planung zu. Schliesslich fragte man bei der Stadt Schlieren an, ob eine temporäre Einmietung von Dietiker Schulklassen im neuen Schulhaus Reitmen möglich wäre. Die Antwort war negativ.

Das Schulhaus Wolfsmatt erhielt auf Beginn des Schuljahres 2016/17 ein Mietprovisorium. So blieb für die anstehende Sanierung und Erweiterung grösstmögliche Gestaltungs- und Planungsfreiheit. Beim Schulhaus Steinmürli wurde auf Beginn des Schuljahres 2017/18 ein Schulpavillon realisiert, der auf eine Nutzung von 20 Jahren ausgelegt war.

Ausserdem

→ Die mittels Postulat 2015 eingereichte «Idee Schönegg» wollte im Gebiet zwischen dem Schulhaus Zentral und der Schöneggstrasse eine flexibel nutzbare Gesamtüberbauung für Schul-, Verwaltungs-, Kultur- und Gewerbenutzung mit einer Dreifachturnhalle geprüft haben. Dies auch, um das Problem des fehlenden Schulraums zu entschärfen.

→ Seit der Inbetriebnahme des Papiersammelcontainers auf dem Zelglipplatz ging die Sammel-Menge bei den Vereinen drastisch zurück. Ein Postulat forderte daher die Ausserbetriebnahme des Containers, um die Vereine nicht zu konkurrenzieren.

Die Gemeinderatspräsidenten/Innen

Jahr	Name	Partei
1958/59	Josef Stocker	CVP
1959/60	Werner Albrecht	SP
1960/61	Walter Strohmeier	FDP
1961/62	Walter Mühlich	BGB
1962/63	Julius Senn	CVP
1963/64	Karl Hollenstein	SP
1964/65	Walter Seiler	BGB
1965/66	Willy Hauser	CVP
1966/67	Peter Wüst	FDP
1967/68	Eduard Anderhub	SP
1968/69	Walter Brunner	CVP
1969/70	Fritz Hunziker	LdU
1970/71	Robert Guthauser	BGB
1971/72	Dr. Peter Wiederkehr	CVP
1972/73	Hellmut Meili	SP
1973/74	Charles Zeltner	DP
1974/75	Willy Isenring	CVP
1975/76	Hans Wiederkehr	SVP
1976/77	Oskar Salm	SP
1977/78	Max Kaderli	EVP
1978/79	Wolfgang R. Felzmann	CVP
1979/80	Dr. Markus Hünig	FDP
1980/81	Dr. August Hager	DP
1981/82	Theres Frech	LdU
1982/83	Walter Urech	SVP
1983/84	Aloys Hirzel	CVP
1984/85	Wolfgang Oberli	SP
1985/86	Hans Baumgartner	FDP
1986/87	Germain Mittaz	CVP
1987/88	Hans Müller	SP
1988/89	Peter Stöcklin	SVP
1989/90	Alfred Schlumpf	DP
1990/91	Dr. Bruno Maier	CVP
1991/92	Erwin Leuenberger	SP
1992/93	Hugo Gerosa	LdU
1993/94	Urs Misteli	FDP
1994/95	Johannes Felber	CVP
1995/96	Peter Müdespacher	SP
1996/97	Edi Cincera	SVP
1997/98	Robert Roth	EVP
1998/99	Franziska Schädel	SP
1999/00	Rita Bächli	CVP
2000/01	Jean-Pierre Balbiani	SVP
2001/02	Ursula Rothenberger	FDP
2002/03	Dr. Hansjörg Frei	SP
2003/04	Roger Brunner	SVP
2004/05	Maria Spielmann	CVP
2005/06	Ernst Joss	SP
2006/07	Rochus Burtscher	SVP
2007/08	Andres Beutter	EVP
2008/09	Samuel Spahn	GP
2009/10	Roger Bachmann	SVP
2010/11	Werner Hogg	FDP
2011/12	Rene Stucki	SP
2012/13	Pius Meier	CVP
2013/14	Stephan Wittwer	SVP
2014/15	Christiane Ilg-Lutz	EVP
2015/16	Cécile Mounoud	CVP
2016/17	Jörg Dätwyler	SVP
2017/18	Martin Romer	FDP
2018/19	Esther Sonderegger-Stadler	SP

Politische Abteilung

Bürgerliche Abteilung

Impressum

Dieser Sonderdruck erscheint zusammen mit dem Neujahrsblatt von Dietikon 2019, des Stadtvereins Dietikon

Herausgeber: Gemeinderat Dietikon
 Chefredaktion: Esther Sonderegger
 © Gemeinderat Dietikon, 2018

Gestaltung: www.bbdesign.ch
 Auflage: 1500 Exemplare
 Druck: Neidhart + Schön Print AG
 Gedruckt auf FSC-Papier

ISBN 978-3-9524418-6-2
 ISSN 2235 - 4840